

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vorkauf bezogen werden sämtliche Vorkaufsalien Bestellungen entgegen. Unter Strafband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. möglichst Saluto-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 3-5.

Die schlagzeilige Doppelseite oder deren Raum kostet 1,- M. einschließlich Leerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worn-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Bezugspreis: Deutsches Reich 2030, 2045, 4518 4603, 4635, 4649, 4821.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Früherer Termin des Parteitag

Beschlüsse des Zentralkomitees

Mit Rücksicht auf die politische Situation und viele brennenden wirtschaftlichen und politischen Fragen, sowie mit Rücksicht darauf, daß der Reichstag bereits am 18. Oktober zusammentritt, hat das Zentralkomitee beschlossen, den Parteitag auf Dienstag, den 12. Oktober, einzuberufen.

Wir sind überzeugt, daß die Parteigenossen es mit Freuden begrüßen werden, wenn bereits vor dem Zusammentritt des Reichstags eine Klärung innerhalb der Partei geschaffen und dadurch die Möglichkeit einer intensiven Arbeit im Lande und auch im Reichstag gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet unverändert:

1. Bericht der Zentralkommission. Berichterstatterin: Luise Zieh.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Wilhelm Bod.
3. Die Kommunistische Internationale und die Aufnahmebedingungen. Berichterstatter: Crispian, Däumig, Dittmann und Stöcker.
4. Neuwahlen.

Die Wahl der Delegierten erfolgt nach folgenden, auf dem Leipziger Parteitag festgelegten Bestimmungen:

Der Parteitag setzt sich aus Delegierten der Organisationen zusammen. Der nächste Parteitag darf nicht mehr als 400 Delegierte umfassen. Die Zahl der auf den einzelnen Bezirk entfallenden Delegierten wird im Verhältnis der Gesamtzahl der Mitglieder des Reichs von der Zentralkommission nach dem am letzten Vierteljahresabschluss vorhandenen Mitgliedern, für die Beiträge gezahlt und an die Zentralkommission anteilig abgeliefert worden sind, festgesetzt. Entfällt auf einen Bezirk nicht die Zahl der Mitglieder für einen Delegierten, so steht ihm dennoch die Wahl eines Delegierten zu.

In den Bezirken sind die weiblichen Mitglieder im Verhältnis ihrer Zahl bei der Wahl der Delegierten zu berücksichtigen.

Beisitzrecht auf dem Parteitag haben nur die Delegierten.

Als letzten Tag, an dem die bis zum 1. Juli 1920 fällig gewordenen Beiträge samt den ordnungsgemäß von den Revisoren geprüften und unterschriebenen Abrechnungen beim Zentralkomitee eingegangen sein müssen, bestimmte das Zentralkomitee Donnerstag, den 23. September 1920.

Im weiteren bringt das Zentralkomitee folgende Bestimmungen unseres Organisationsstatuts in Erinnerung:

Arbeitsprogramm. Um das Schwergewicht der politischen Aktion in die Massen zu verlegen, ist bei allen wichtigen Entscheidungen, die die Haltung der Partei für längere Zeit festlegen, Urabstimmung herbeizuführen, vorausgesetzt, daß die technischen Möglichkeiten dazu vorhanden sind.

Die Genossen werden aufgefordert, bei der Wahl der Delegierten dementsprechend zu verfahren.

Die Wahl ist nach dem Verhältniswahlsystem vorzunehmen, damit Mehrheit und Minderheit, die sich in der Frage der Internationale in den einzelnen Bezirken gebildet haben, auf dem Parteitage ihrer Stärke entsprechend vertreten sind.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die französische Partei und die dritte Internationale

Die Genossen Däumig und Stöcker haben an die „Humanität“ folgende Erklärung gesandt:

Wie wir erfahren, findet in der französischen Parteipresse eine lebhafte Diskussion über die Aufnahmebedingungen der 3. Kommunistischen Internationale statt. Die Genossen Cachin und Frossard veröffentlichten den Brief des Präsidiums des 2. Kongresses an die französische Sozialistische Partei. Wie wir hören, wird ihnen der Vorwurf gemacht, daß sie die vom Kongreß selbst beschlossenen und für alle Länder gültigen 21 Bedingungen bisher nicht veröffentlicht haben. Da unseres Wissens die Genossen Cachin und Frossard am 31. Juli Mostau verlassen haben, diese Bedingungen aber erst am 6. August vom Plenum des Kongresses beschlossen wurden, konnten natürlich die Genossen Cachin und Frossard hierüber keine Mitteilung machen. Wir verstehen es auch, daß sie eine Debatte hierüber ablehnen, bis sie den offiziellen Wortlaut der Aufnahmebedingungen in Händen haben.

Die vom Kongreß beschlossenen Aufnahmebedingungen entsprechen völlig dem Geiste des Briefes, den das Kongreß-Präsidium an die französische Partei gerichtet hat.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit hinzufügen, daß wir die Genossen Cachin und Frossard wegen ihrer tapferen Haltung begrüßen, und daß auch wir für den Anschluß unserer Partei unter

den beschlossenen Aufnahmebedingungen sind, und daß wir es sehr begrüßen würden, wenn auch die französischen Genossen möglichst bald den Weg zur 3. Kommunistischen Internationale finden und den Anschluß vollziehen würden.

Berlin, den 14. September 1920. Däumig, Stöcker.

Auch wir sind der Meinung, daß die 21 Punkte der Bedingungen für alle Parteien gelten, die sich Mostau anschließen wollen und wir fächten auch die Antwort des Präsidiums dahin auf; denn darin kam der Passus vor, daß die Antwort an die deutsche Partei auch für die französische Geltung habe. Wir nahmen an, daß unter dieser Antwort die 21 Punkte gemeint seien. Diese Annahme war zwar ein Mißverständnis, das uns deshalb unterließ, weil wir das Datum des Briefes nicht kannten, das aber für unsere Auffassung, die Allgemeingültigkeit der Bedingungen, nichts zur Sache tut. Die Ansicht, daß für die Franzosen andere Bedingungen aufgestellt seien, ist von uns nicht vertreten worden und Genosse Schwenk hat deshalb gar kein Recht, von Entstellung zu reden. Diese Behauptung haben, wie aus der französischen Parteipresse hervorgeht, Cachin und Frossard aufgestellt. Dem treten jetzt Däumig und Stöcker entgegen. Nur muß gesagt werden, daß nach dem Bericht Dittmanns auf der Reichskonferenz Cachin und Frossard von der Verhärterung Kenntnis hatten, die allerdings erst von einer Kommission und noch nicht auf dem Kongreß beschlossen war. Trotzdem haben Frossard und Cachin nur 9 Bedingungen, die lange nicht so scharf waren wie die deutschen, veröffentlicht.

Vor der Verwaltungskommission der französischen Partei erklärte Frossard nach einem Bericht in der Sonnabend-Ausgabe der „Humanität“ noch persönlich:

„Für mich gibt es nur die 9 Bedingungen, ich kenne keine anderen.“ Auf die ausdrückliche Anfrage, die ein Mitglied der Verwaltungskommission (C.A.P.) an ihn richtete, antwortete Frossard: „Ich erkläre unumwunden, daß jede weitere Bedingung für mich unannehmbar wäre und daß ich in diesem Falle meine jetzige Haltung nicht aufrecht erhalte.“

Mehrere Mitglieder der Verwaltungskommission warfen die Frage auf, ob es möglich sei, daß für die verschiedenen Parteien verschiedene Bedingungen gestellt werden könnten. Dazu erklärte Jean Longuet:

„Es ist für mich ein unannehmbare Gedanke, vom internationalistischen Standpunkt aus, daß man etwa der sozialistischen französischen Partei erlaube, in ihrer Gesamtheit sich anzuschließen, während deutsche Genossen wie Hilferding, wie Kautsky, wie Ledebour, der alte revolutionäre Kämpfer, italienische Führer wie Turati, wie Modigliani, der von jeder zur äußersten Linken der Partei gehörte, oder Hilquitt, der Führer der amerikanischen Genossen, oder ein Fritz Adler ausgeschlossen würden. Niemals würde ich das mitmachen. Es kann und darf keine verschiedenen Bedingungen geben. Und was die Bedingungen selbst betrifft, so bin ich gern bereit, für die russische Revolution mir die Knochen zerbrechen zu lassen, aber ich bin keineswegs geneigt, um der russischen kommunistischen Partei willen unsere eigene französische Partei zu zerbrechen.“

Um jede weitere Verzögerung der Veröffentlichung des Berichts von Frossard zu verhindern, beschloß die Verwaltungskommission einstimmig, den Zweifeln, die man haben könnte, zum Trost ihn unverzüglich erscheinen zu lassen. Auf Antrag des Genossen Bracke wird in dem Bericht ausdrücklich betont werden, daß der Brief mit den neun Punkten, den Cachin und Frossard in Mostau erhielten, der Ratifikation durch den Kongreß bedürfte, die bei ihrer Abreise noch nicht erfolgt war. Außerdem wird von Mostau Aufklärung verlangt werden.

Vom Kongreß der Ostvölker

Mostau, 15. September.

Aus englischen Flugzeugen wurden auf Entsetzlichen Bomben abgeworfen, von denen einige das Schiff kurz trafen, auf dem sich die persische Delegation befand; zwei Personen wurden getötet und mehrere verwundet. Es ist England aber nicht gelungen, den Kongreß in Baku zu vereiteln. 1890 Delegierte sind eingetroffen, darunter 55 kommunistische Frauen. Aus dieser Zahl entfallen 1273 auf Vertreter von 37 Ostvölkern, die in Baku erschienen sind.

55 muslimische Frauen legten in der Begeisterung ihren Schleier ab, mit den Ruf: „Wir haben den Tod besiegt.“

Die Heimkehr der Zivilgefangenen aus Rußland

Vor einigen Tagen ist in Berlin von russischen und polnischen Gesellschaften des Roten Kreuzes ein Abkommen über Heimkehr der Zivilgefangenen getroffen worden. Die Verhandlungen wurden durch den russischen Delegierten Bratmann-Brodowski und auf polnischer Seite durch Edward Czarnycki geführt.

Die Frauen und die dritte Internationale

Von Martha Arendsee.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Mostau zwingt das Proletariat der ganzen Welt, Stellung zu nehmen zu den Fragen seines Befreiungskampfes. Auch bei uns in Deutschland werden die Diskussionen lebhaft geführt, die Genossinnen müssen daran teilnehmen, so schwer es ihnen auch fallen mag, bei ihrer mangelhaften sozialistischen Schulung in theoretischer und praktischer Beziehung. Wir dürfen uns dabei nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern müssen versuchen, uns ganz frei zu machen von allen kleinlichen Bedenken und nur das eine große Ziel im Auge behalten: die Verwirklichung des internationalen Sozialismus.

Der furchtbare Weltkrieg mit all seinen Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, Zerstörung von Familienglück, Kinderelend, ist das Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaft und muß uns immer wieder vor Augen führen, daß nur der internationale Kampf um die sozialistische Wirtschaft die Vorbedingung des Aufstiegs der Menschheit ist.

Die kapitalistische Gesellschaft ist überall ins Wanken gekommen, mit brutalen Gewaltmitteln versucht sie sich zu halten, der Bürgerkrieg mit all seinen Schrecken ist die schärfste Form dieses Kampfes.

Rußland ist das erste Land, in dem das Proletariat gesteht hat und im Begriff steht, die sozialistische Wirtschaftsweise unter denbar größten Schwierigkeiten durchzuführen. Der ganze internationale Kapitalismus sieht daher in Rußland seinen Hauptfeind und versucht, es mit allen Mitteln niederzuringen. Dem russischen Proletariat ist die geschichtliche Aufgabe zugefallen, sich unter größten Opfern zu behaupten, denn liegt der internationale Kapitalismus über Rußland, so erhält damit das Proletariat der ganzen Welt einen schweren Schlag.

Es ist daher selbstverständlich, daß die Erfahrungen der russischen Revolution in den Beschlüssen des Moskauer Weltkongresses zum Ausdruck kommen.

Deshalb darf man an die Prüfung der Frage des Anschlusses an Mostau nur herangehen, wenn man die Aufnahmebedingungen im Zusammenhang mit den Thesen zu den grundlegenden Fragen betrachtet, wie aber losgelöst davon, als Organisationsfrage an sich. Man wird dann finden, daß nicht Nachtgelüste, grenzenlose Menschenverachtung und was sonst noch alles besonders Genossin Zieh darüber in ihrem Artikel gesagt hat, die Beweggründe der Aufnahmebedingungen sind, sondern harte, bittere Erfahrungen des revolutionären Kampfes, vor allem aber feste Entschlossenheit, das Proletariat zum Siege zu führen.

Die 3. Internationale wird die festgefügte Organisation des Welt-Proletariats sein, die den Kampf gegen den Kapitalismus international zu führen hat, im Gegensatz zur 2. Internationale, die nur eine lose Zusammenschau der verschiedenartigsten sozialistischen Parteien der einzelnen Länder darstellte.

Deshalb wird gefordert: einheitlicher Geist in den Fragen des Ziels, deshalb der einheitliche Name „Kommunistische Partei“, deshalb einheitliche Organisation und einheitliche Taktik, soweit die verschiedenartigen Verhältnisse der einzelnen Länder es zulassen, wie es in Nr. 16 der Aufnahmebedingungen heißt.

Diese Einheitlichkeit bestand auch bisher bei den der 3. Internationale bereits angeschlossenen Parteien nicht, daher sagen die Bedingungen unter Nr. 19: Alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören, oder einen Antrag auf Beitritt gestellt haben, sind verpflichtet, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, um alle diese Bedingungen zu prüfen. Ferner unter Nr. 21, daß diejenigen Parteimitglieder, die die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, aus der Partei auszuschließen sind. Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitage. Diese letzte Bedingung findet besonders scharfen Widerspruch bei unseren Genossen, es wird behauptet, der Parteitag wird zur Farce, wenn die Abstimmung erfolgt unter dem Druck der Androhung des Ausschlusses. Halten wir uns aber immer vor Augen, daß die Partei von einem einheitlichen Geist in jeder Beziehung besetzt sein soll, so ist es selbstverständlich, daß diejenigen, die grundsätzlich Leitsätze und Bedingungen ablehnen, nicht Mitglied der Partei sein können. Wer dagegen grundsätzlich nichts einzuwenden hat, wohl aber in einzelnen formellen Fragen Änderungen wünscht, kann dies in der Abstimmung zum Ausdruck bringen, ohne daß deshalb Grund zum Ausschluß vorläge.

Die Diskussion über die ganze Frage der Säuberung der Partei, wie sie Nr. 7 und 13 der Bedingungen fordert, ist bisher von den Gegnern des Anschlusses in einem Geist geführt, der nicht zur Klarheit führen kann.

Kautsky sagt selbst darüber in seiner Broschüre „Vergangenheit und Zukunft der Internationale“:

Jede Partei kann nur eine Vereinigung Gleichgesinnter sein. Es steht ihr, zu bestimmen, welche Anschauungen mit der Angehörigkeit zu ihr vereinbar sind, welche nicht. Es gibt keinen prinzipiellen Anspruch auf Toleranz in Bezug auf Parteimitgliedschaft. Ich habe nie das Gezeiter über Intoleranz begriffen, das regelmäßig angestimmt wurde, wenn jemand aus

der Sozialdemokratie wegen Meinungen ausgeschlossen wurde, die der Freiheit unrichtig und schädlich erschienen.

Lassen wir also das Gezeir und hören wir Lenin selbst und mit ihm das Präsidium des Moskauer Kongresses in dem Aufruf an das französische Proletariat. Es heißt da:

Die Hauptfrage, die wir Euch stellen, ist nicht die Frage des Ausschusses verschiedener Personen, sondern die Frage des Bruches mit einer bestimmten reformistischen Tradition.

In welchem Sinne die Säuberung der Partei in Rußland durchgeführt wird, darüber sagt Lenin in seiner Schrift „Die große Initiative“:

Die Kriegsmobilisierung der Kommunisten ist uns dabei (bei der Säuberung) zu Hilfe gekommen, die Feindschaft und Lumpen führten der Partei den Rücken. Glückliche Reise! Eine derartige Verminderung der Zahl der Partei-Mitglieder bedeutet eine bedeutende Vermehrung ihrer Kraft und ihres Ansehens.

Die Säuberung der Partei auf Grund einer ununterbrochenen Steigerung der Forderungen in Bezug auf wirklich kommunistische Leistungen wird auch den Apparat der Staatsverwaltung verbessern und wird den Anstoß der Bauern an das revolutionäre Proletariat außerordentlich beschleunigen.

Über nicht Denunziantentum, Korruption und was sonst noch alles wird großgezogen, sondern Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl. Der Name Kommunist soll nicht ein Wort sein, sondern Kennzeichnung eines Menschen. Nicht nur in Worten soll Propaganda getrieben werden, sondern die Tat soll vorbildlich und anfeuernd wirken. Die kommunistischen Samstage sind ein Beispiel dafür.

In den Leitlinien, wie in den Aufnahmebedingungen wird ferner die Bedeutung der Partei in der Periode der Eroberung der politischen Macht, wie auch in der Epoche der Diktatur des Proletariats hervorgehoben. In der ersteren hat sie die Aufgabe, die revolutionären Kämpfe zu organisieren und durchzuführen, in der letzteren die alte verrottete Staatsform durch die neue kommunistische zu ersetzen und dadurch die Macht des Proletariats dauernd zu befestigen. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, muß die Partei auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden, muß eiserne Disziplin in ihr herrschen. Damit ist gesagt, daß sie sich, nachdem sie unter Mitwirkung sämtlicher Parteimitglieder auf dem Parteitag feste Grundzüge für Ziel und Taktik aufgestellt hat, eine einheitliche Parteileitung wählt, die Gewähr dafür bietet, streng im Sinne dieser Beschlüsse zu handeln. Dasselbe muß dann aber auch mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet sein, die vor allem bei Aktionen in Erscheinung treten. Die eiserne Disziplin ist natürlich nicht im Sinne des militärischen Kadavergehorsams aufzufassen, sondern sie ist eine freiwillige Unterordnung unter den Zweck der Partei bis zur Aufopferung seiner Person.

Es wird nun gesagt, daß damit die Parteigenossen zu Werkzeugen der Führer gemacht würden. Haben uns aber nicht die Erfahrungen im Laufe der deutschen Revolution gelehrt, wie notwendig ein einheitliches Handeln in revolutionärem Kampfe ist, und wie zusammenhangloses Vorgehen in den einzelnen Landesteilen uns um allen Erfolg gebracht haben? In der Phase des Bürgerkrieges muß straffe Zentralisation und Disziplin bestehen. Die Aufgaben der Partei liegen jetzt nicht mehr in der Propaganda der sozialistischen Weltanschauung und der üblichen Parteiarbeit, sondern in der Organisierung des Kampfes um den Sozialismus.

Genossinnen, wir Frauen spüren täglich den Wahnsinn der kapitalistischen Profitwirtschaft, den Jammer der Lebensmittelpersonen, die allgemeine Teuerung und die zunehmende Arbeitslosigkeit sind Beispiele ihrer Folgen.

Wollen wir weiter den Verfall der Menschheit mit ansehen, oder wollen wir nicht entschlossen Schulter an Schulter mit unseren Genossen den Kampf aufnehmen und damit den Leidensweg des Proletariats abkürzen?

Die Frauen aller Länder waren es, die während des Krieges im März 1915 zuerst wieder internationale Solidarität befaßten und allen Regierungen und Parteiorganisationen zum Trotz in Bern zusammensamen und gelobten, nicht eher zu ruhen, bis dem Kapitalismus und damit dem Völkermorden ein Ende gemacht ist.

Lassen wir uns den Blick nicht trüben durch Genossen und Genossinnen, die sich zwar in platonischen Sympathieerklärungen für Rußland ergehen, sich aber nicht scheuen, in maßlosen Uebertreibungen der Moskauer Beschlüsse von Sklaverei, bolschewistischer Rechte usw. zu reden. Prüfen wir sachlich die Notwendigkeit der uns gestellten Bedingungen, behalten wir dabei fest das Ziel des internationalen Kampfes um den Sozialismus im Auge, dann können wir uns einmütig für den Anschluß an die 3. Internationale unter grundsätzlicher Anerkennung der Leitätze und Bedingungen entscheiden.

Die Transportkontrolle

Von der Kontrollkommission für Waffen-, Munitions- und Truppentransporte wird uns berichtet: Auf dem Götlicher Bahnhof wurden beschlagnahmt 2 Kisten, gez. B. S. 8888, deklariert Klavierteile, 579 Kilogramm und 457 Kilogramm. Besonders ist Robert Brandt, Erfurt, Empfänger Süd-Ost 33, Schleifische Straße 12, Inhalt Flugzeugteile und Flugzeugmaterialien.

Die Sachen sind von der Hindenburgwache, Brangelstraße, beschlagnahmt.

Die Kontrolle hat schon zu mancherlei Zwischenfällen geführt, und man muß sagen, daß die in Frage kommenden Personen des öfteren es an Dreistigkeit gegenüber den Betriebsräten nicht fehlen lassen. Dies möge man aus folgendem Dokument ersehen:

II. Bataillon (Lauenburg)
Reichswehr-Infanterie-Regiment Nr. 6.
Lageb. Nr. 880 Ia IV a.

Schwenfowen, den 6. d. 1920.

Dem Eisenbahnbetriebsamt, Grunewald.

Das Bataillon wurde auf dem Transport von Brandenburg nach Swinemünde (Transportnummer 88320), am 27. 8. 1920 nachm., beim Maschinenwechsel auf dem Bahnhof Grunewald von einem Mitglied des Betriebsrates Bahnhof Grunewald, namens Meißner, angehalten. Durch Verweigerung der Maschine wurde ein nahezu 4 stündiger Aufenthalt an der Station Grunewald durch den Betriebsrat erzwungen. Infolge dieser unvorhergesehenen Verzögerung verließ sich der Aufsicht des Bataillons im Transportzuge bei der Weiterfahrt bis zum 28. früh. Hierdurch war ich genötigt, Nahrungsmittel im Werte von Mk. 2088.— vorzeitig zu verankern, die als Verpflegungszuschuß des Bataillons für die See-fahrt Swinemünde-Pilau angekauft waren. Die Befahrung war aus Kautelenmangel erfolgt.

Das Bataillon muß für diesen Schaden von Mk. 2088.—, der durch den mehrstündigen Aufenthalt auf dem Bahnhof Grunewald verursacht worden ist, den dortigen Betriebsrat, insbesondere den Arbeiter Meißner, verantwortlich machen. Ausdrücklich war dem Arbeiter Meißner bekanntgegeben worden, daß das Bataillon nur

beschränkte Verpflegungsmittel mitführt. Er wurde darauf hingewiesen, daß er für alle durch die Verzögerung etwa entstehenden Mehrkosten verantwortlich gemacht würde. Daß dem Transport Mehrkosten von etwa Mk. 2100.— entstanden waren, wurde auch dem Überbringer der Fahrtenbestätigung des Betriebsrates mitgeteilt.

Es wird gebeten, die Mk. 2088.— von Meißner einzusetzen und an das Verwaltungsbüro II. Bataillon Reichswehr-Inf.-Reg. 6, Brandenburg (Gabel), zu übermitteln. Etwaige Zuschriften bitte das Bataillon an das Kommando II. Bat. I. Reichswehr-Inf.-Reg. 6, Brandenburg (Gabel), Pflückerloferne, zur Weiterleitung nach hier, zu richten.

Eine beglaubigte Abschrift über den Lebensmittelaufkauf ist beigelegt.

gez. Angel,
Major und Bataillonkommandeur.

Abschrift der Rechnung über den Lebensmittelaufkauf.

Brandenburg (Gabel), 26. Aug. 20.

Rechnung für II. Bataillon I.-R. 6
von Kantine Götlich.

49 Pfd. Speck	à	Mk. 24.—	=	Mk. 1176.—
38 „ Meitwurf	à	24.—	=	912.—
				Mk. 2088.—

Für richtige Abschrift
gez. Meinecke,
Bühnenmeister.

Betrag dankend erhalten
gez. S. Götlich.

Der Vorstand des Maschinenamtes I. Berlin NW. 40

G. Eilig!

Invalidenstr. 51, den 11. 9. 20.

G. R. der Betriebswerkst. Gd.— zum Bericht zu der in der Angelegenheit und Vernehmung des ermordeten Mitgliedes des Betriebsrates Meißner, sowie der sonstigen Mitbeteiligten und Zeugen.

Beglaubigt
gez. Schubart.

Abgabe von Kriegsmaterial an die Entente

BB. Berlin, 16. September.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der Abtransport des nach dem Friedensvertrage von Versailles an die alliierten und assoziierten Regierungen abzuliefernden Aufschlagsgeräts ist im wesentlichen fristgemäß beendet worden. Es folgt nunmehr die Abgabe der Waffen, Munition und anderer s. B. erbeuteten Kriegsmaterials an Frankreich und Belgien. Die für Frankreich bestimmten Sendungen werden aus allen Teilen des Deutschen Reiches kommend über Bischofsheim, die für Belgien bestimmten über Biersen geleitet. Im ganzen wird es sich um etwa 200 Waggons handeln. Explosivstoffe, geladene Artillerie-Munition, sowie unbrauchbares Material werden nicht abgeführt, sondern in Deutschland zerstört und verkauft.

Die einzelnen Wagen bzw. Wagengruppen werden die Bezeichnung tragen: Deutsches Kriegsmaterialtransport westwärts zur Erfüllung des Friedensvertrages an Frankreich (Bischofsheim) — Belgien (Biersen).

Es wird darauf hingewiesen, daß diese Transporte nicht aufgehalten werden dürfen und daß ihre reibungslose Durchführung im Interesse des Deutschen Reiches liegt.

Tschitscherin als Führer der Friedensdelegation

Warschau, 16. September.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Moskau: Tschitscherin wird persönlich an die Spitze der russischen Friedensdelegation in Riga treten.

In einer Unterredung erklärte Paderowski, daß, falls der Friede zwischen Polen und Rußland zustande gekommen sein werde, was sehr wahrscheinlich sei, die Folge dieses Friedens die Anerkennung der Sowjetregierung als tatsächlicher, aber nicht als rechtmäßiger Regierung sein werde.

GA. London, 16. September.

Zoffo, der Chef der russischen Friedensabordnung in Riga, hat dem „Daily Chronicle“-Korrespondenten erklärt, daß die Sowjetregierung an der ursprünglichen Forderung einer Verminderung der polnischen Armee als Garantie gegen künftige Angriffe festhalten wolle.

Kraffins Handelsabschlüsse

Amsterdam, 16. September.

Dem „Daily Telegraph“ zufolge handelt es sich bei den von anderer Seite gemeldeten Handelsabschlüssen Kraffins, bezüglich einer Stofflieferung im Werte von 1 000 000 Pfund Sterling mit mehreren englischen Firmen, um Spekulationen privater Kaufleute. Man spricht von großen persönlichen Gewinnen. Dem Blatt zufolge bedeutet dies keineswegs, daß man bereits von der Wiederaufnahme gewöhnlicher Handelsbeziehungen sprechen kann.

So sieht Lloyd Georges Friedenspolitik aus

DA. London, 16. September.

Die Regierung hat beschlossen, den Arbeiterführern Adamson und Purcell, die sich im Auftrage des Parlamentsausschusses nach Riga hätten begeben sollen, um den polnisch-russischen Friedensverhandlungen beizuwohnen, die Pässe zu verweigern.

Frankfurt a. M., 16. September.

Kamenev erklärte dem Stockholmer Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“, seine Reise nach Moskau sei lange vor der letzten Ausprache mit Lloyd George beschlossen gewesen. Er habe es für notwendig gehalten, der Sowjetregierung mündlich eingehend über die englische Politik zu berichten. Die Haltung Lloyd Georges gegenüber Rußland könne als grundsätzliche Politik gekennzeichnet werden, die je nach den Erfolgen oder Mißerfolgen der Bolschewiki hin und her schwankt. Lloyd George wolle jetzt vom Frieden mit Rußland und der Anerkennung der Sowjetregierung nichts wissen, möchte aber doch nicht die Möglichkeiten zum Handelsaustausch preisgeben.

Der polnische Heeresbericht

Warschau, 16. September.

Im polnischen Heeresbericht vom 15. September heißt es: An der südlichen Front überschritten unsere Abteilungen zusammen mit der ukrainischen Armee die Dnjestrlinie bei Zupopol und Halyts und nahmen in schweren Kämpfen die Anhöhen nördlich von Galtz. Es wurden 300 Gefangene gemacht und vier Maschinengewehre erbeutet. Weiter nördlich, zwischen der Onilaja Tupa und dem Switz erreichten unsere Truppen Jagorze und Podlamien. In den übrigen Fronten und in Klempolen die übliche Patrouillentätigkeit. Im Bereich südlich von Wladimir-Bolshynsk drangen unsere Abteilungen siegreich vor. Ein Angriff der feindlichen Reiterei auf Kolin wurde abgewiesen. Die Truppen des General Palanowski nahmen Kamien-Kaschynski und eroberten eine Geschützatterie, 1000 Gefangene, 500 Trainwagen sowie eine Menge Munition. Südlich von Kobryn überschritten unsere Abteilungen nach Abweisung feindlicher Artillerieangriffe die Linie des Bug-Dnjestr-Kanals. Nördlich von Kobryn zieht sich der geschlagene Feind in der Richtung auf Pruzhany zurück. An der Swisloca zieht sich der Feind auf das östliche Ufer zurück. Im Swisloca-Gebiet gewöhnliche Gefechtskämpfe.

Die Lage an der Ostfront

Königsberg i. Pr., 16. September.

Lagebericht. Südlich von Semberg überschritten die Polen den Dnjestr und besetzten die Ortschaften Galtz und Bolzowec, sowie die Höhen südlich davon. Weiter nördlich wurden die Bolschewiken von dem Switzfluß auf die Onilaja Tupa zurückgedrängt. Im Raum von Wladimir-Bolshynsk, Brest-Litowsk und südlich des Bug weiter gänztiger Verlauf der Kämpfe für die Polen. In der Richtung auf Luck wurde Chorlow besetzt und südlich von Kobryn der Dnjestr-Bugkanal überschritten. Die Polen melden eine große Anzahl von Gefangenen und Kriegsmaterial. An der polnisch-litauischen Front dauern örtliche Kampfhandlungen an.

Der Metallarbeiterkonflikt in Italien

RI. Rom, 16. September.

Die gestrigen Besprechungen zwischen den Vertretern der Industriellen und der Arbeiter, die unter Vorsitz Giolittis in Turin abgehalten wurden, dauerten drei Stunden. Die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich darum, eine Formel für die Organisation der Betriebsräte und die ihnen zu übertragenden Funktionen zu finden. Nach Turiner Blättermeldungen soll Giolitti energisch eine baldige Lösung des Konfliktes verlangt und unter Androhung eines Einschreitens der Staatsgewalt namentlich auf die Industriellen gedrückt haben. Die Industriellen sind zwar grundsätzlich der Einführung von Betriebsräten nicht abgeneigt, möchten jedoch die Disziplinargewalt und das Entlassungsrecht sich selbst vorbehalten. Giolitti antwortete jedoch unerbittlich, er verlange unbedingt sofortigen Friedensschluß. Die Delegierten der Industriellen und der Arbeiter teilen heute gemeinschaftlich nach Mailand zurück und legen die Verhandlungen im Auge fort. Am Nachmittag werden die Industriellen zur endgültigen Beschlußfassung zusammengetreten. Sie werden wahrscheinlich vor Giolittis Drohung, die Fabriken zu requirieren, nachgeben, obwohl ein Flügel der Fabrikanten den äußersten Widerstand verlangt und vor nichts zurückweicht.

Rom, 16. September. (Stefani.)

Nachdem Giolitti die von ihm nach Turin zusammenberufenen Vertreter der Industriellen und Arbeiter gehört hatte, entschied er sich für eine Auktion über die Fabriken. Zugleich ernannte er durch Erlass einen aus Industriellen und Arbeitern zusammengesetzten Ausschuss mit der Aufgabe, einen Gesetzentwurf hierüber vorzubereiten, den die Regierung der Kammer bei ihrem Wiederzusammentritt vorlegen wird.

Mailand, 16. September.

Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit den Besprechungen, die am Mittwoch zwischen Giolitti und Vertretern der Industriellen stattgefunden haben. „Corriere della Sera“ glaubt feststellen zu können, daß man auf dem Wege zur Lösung des Konflikts mit den Metallarbeitern sei. In amtlichen Kreisen werde darauf hingewiesen, daß die Annahme des Kontrollrechts, das die Arbeiter in den Fabriken ausüben wollen, durch die Industriellen möglich sei. Giolitti soll auf die Annahme des Kontrollrechts gedrungen haben, ohne mit einem Eingreifen der Regierung zu drohen.

Keine Einberufung des englischen Parlaments

Kompromiß mit den Bergarbeitern?

Haag, 16. September.

„Westminster Gazette“ meldet, daß Lloyd George und alle Mitglieder des Kabinetts es nicht für notwendig halten, wegen der Krise in der Kohlenindustrie das Parlament einzuberufen.

London, 16. September.

Nach der heutigen Morgenpresse scheint ein Kompromiß zwischen der englischen Regierung und den Bergarbeitern auf Grundlage des Verzichtes der Bergleute auf Verdoppelung des Preises der Hausbrandkohle möglich.

Kartoffelmangel in Kassel

RI. Kassel, 16. September.

Die hessische Bauernschaft hat sich zur Lieferung von Kartoffeln zum Preise von 20 Mark pro Zentner bereit erklärt. Der Oberpräsident hat daraufhin die Landräte angewiesen, in ihren Kreisen die erforderlichen Kartoffelmengen für die städtische Bevölkerung aufzubringen. Die Stadt Kassel ist seit einigen Tagen ohne Kartoffeln. Um die geringen Zufuhren bilden sich gewaltige Polonaisen. Die Sicherheitspolizei mußte zur Aufrechterhaltung der Ordnung mehrere Streifen entsenden.

Warnung

Unsere Unterstützungskommissionen werden neuerdings wieder von einer Reihe Schwindlern aufgesucht, die durch Vorlegen gefälschter Schriftstücke versuchen, Gelder zu erschwatzen. Durch die Aufmerksamkeit unserer Berliner Genossen konnten in letzter Zeit eine ganze Reihe solcher Betrüger festgehalten werden. Da anzunehmen ist, daß diese nun versuchen, an anderen Orten ihre Absichten durchzuführen, wird ersucht, bei Unterstützungsnachsuchenden genau zu prüfen, ob diese zum Empfang berechtigt sind. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß diejenigen, die von Berlin kommen, Anspruch auf Unterstützung nicht mehr haben.

Die Kohlenlieferungen an die Entente sind aus dem Ruhrgebiet im vollen Umfange durchgeführt worden; nur die Lieferungen an Italien und Oberösterreich sind infolge der dortigen Unruhen etwas in Rückstand geraten.

Eine Sachverständigenkommission für die Hebung der Kohlenförderung ist vom Reichswirtschaftsministerium eingesetzt worden. Im Einvernehmen mit dem Reichshöferrat sind folgende je drei Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrkohlenbergbaus für die Kommission bestellt worden: Bergwerksdirektor Fiedler-Herne, Bergassessor Brandt-Dortmund, Bergwerksdirektor Knepper-Bochum bzw. die Herren Abgeordneten Piper-Dortmund (Stellvertreter) Abg. Hofmann-Essen (L. S. P.), Fritz Walter-Essen und Stähler-Sahlfeld-Duer-Scholven.

Der Ausfuhrabgaben-Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat seine Tätigkeit heute wieder aufgenommen; auf der Tagesordnung stand die Vorberatung der vom Reichswirtschaftsminister etablierten Besprechung über den Umfang einer vorübergehenden Richtveranlagung von Waren zu den für diese im Ausfuhrabgaben-Tarif festgelegten Sätzen (Beschl. des 5. Ausschusses des Reichstages am 8. September 1920). Die Beratungen wurden für vertraulich erklärt.

Russische Käufe in England. Krassin hat für eine Million Pfund Hochdruck-Licht gekauft. Am Mittwoch wurden im Somersetshire zwei „englische“ Handelshäuser eingetragen. Diese Handelshäuser erhalten ihre Ordern von Glimmon.

Druckfehlerberichtigung. In dem Leitartikel der Donnerstag-Morgennummer haben sich wieder einige böse Druckfehler eingeschlichen. Es muß auf der Mittelspalte unter dem Strich nicht heißen, die Taktik des Handels vorzuführen, sondern vorzuführen. Auf der letzten Zeile derselben Spalte hat sich der Druckfehler mit „Schiangen“ verdrängt, die weniger stark zum Ausdruck kommen. Es muß aber heißen, daß dies „Verlangen“ weniger stark zum Ausdruck kommt.

Die Bestätigung

Von Eugen Prager.

Wenn man die Ausführungen des Genossen Schwenk in der Donnerstagsmorgennummer der „Freiheit“ ihres dekorativen Beiwerks entledigt, so stellen sie eine vollkommene Bestätigung meiner Mitteilungen über die zur Spaltung der unabhängigen Sozialdemokratie treibenden Anstrengungen bestimmter Kreise dar. Um nicht noch einmal dem Vorwurf bestimmter Kreise dar. Um nicht noch einmal dem Vorwurf bestimmter Kreise dar. Um nicht noch einmal dem Vorwurf bestimmter Kreise dar.

Schon seit längerer Zeit wird von diesen Gruppen der „zuverlässige“ Teil der Mitgliedschaft bearbeitet; ihre Tätigkeit beschränkt sich nicht auf Berlin, sie geht über das ganze Land hinaus. Die enge Verbindung mit führenden Leuten aus der kommunistischen Partei sorgt dafür, daß über die Tendenz dieser Bestrebungen keine Unklarheit sich bilden kann.

Die Abspaltung der Zentralkomitee und der opportunistischen Sekteure der proletarischen Revolution und die Bildung einer von reinem Marxismus beherrschten Partei ist nicht nur möglich, sondern Pflicht.

Dieser Pflicht wird von dem linken Flügel schon lange Genüge getan. Ende August fand eine außerordentliche Kreis-Delegiertenversammlung für Groß-Dresden statt, in der es sehr heftig zuging. In dem Bericht, den unser Dresdener Parteiblatt darüber veröffentlichte, konnte man folgendes lesen:

„Genosse Wittmann erklärt, daß er in ständiger Verbindung mit der Berliner Betriebsräte-Zentrale steht und von dort dauernd Material erhält. Er und eine Anzahl Genossen seien zu der Überzeugung gekommen, daß hier in Dresden andere Männer anstelle von Fischer und Wente kommen müßten, die fest zum Räteystem ständen. (Genosse Wente: Was ich gesagt habe, ist also wahr?) Jawohl, das ist wahr!“

Genosse Wente hatte vorher mitgeteilt, daß man in geheimen Konventikeln beraten habe, wie man ihn und Fischer beseitigen könne. Die Genossen Viktor Stern und Berlin und Keil seien bereits für die erste Redaktion und Sekretärstelle vorgesehen worden. Man habe nur nach dem Wege gesucht, der zum ersuchten Ziele führen sollte.

Ähnliche Vorgänge werden aus Elbing berichtet. In der „Elbinger Volksstimme“ vom 14. September schreibt ein Schiffsbau-Arbeiter:

„Was Richard Müller und Däumig in Berlin bewacht treiben, das machen manche Genossen in der Provinz unbewußt. Im Betreiben „radikal“ zu sein, suchen sie nach Vorbildern und finden sie auch in der veranfertigten Rätezentrale. Die Keimzellen machen Schule. Von außen wird meist auch noch ein Lebriges dazu getan und die bekannte fadenhafte Stimmung ist fertig. So war dieser Tage Oberlein (von der K. P. D.) in Danzig und bestellte die Vertrauensleute der U. S. P. D. hinterher zu einer Sitzung in der er Stimmung machte für den Anschluß an die dritte Internationale. Der Kommunist Seig sprach in Elbing in einer öffentlichen Versammlung über unsere internen Parteifragen, noch bevor dieser selber dazu Stellung genommen hatten. Durch die Einwirkungen Dritter lassen sich leider manche Genossen beeinflussen und vergessen dabei, daß eine Revolution kein Kadaver ist.“

Wer nur den Bruder im eigenen Lager angreift, beweist damit nur, daß er unfähig ist, mit dem Feind draußen anzubinden. Deshalb kann man nicht oft genug warnen: Genossen, laßt zu, daß ihr nicht unbewußt kommunistische Keimzellen werdet. Für laßt ihr Euch dieses kein „Bonze“, der da fürchten möchte, für Moskau nicht anzuschließen zu sein, sondern ein Elbinger Arbeiter, ein Soldat aus Reich und Güt, der mit Euch kämpft in guten und in schlimmen Tagen.“

Man kann also sehen, daß es sich bei diesen Spaltungsbestrebungen durchaus nicht um einen „Popanz“ handelt, sondern um sehr reale Tatsachen. Und wenn nicht der Raum des Blattes zu einer Einschränkung nötigte, so könnte der vom Genossen Schwenk gewünschte Beweis noch wesentlich ergänzt werden.

Es sind nicht nur „Klageweiber“, die von einer neuen Spaltung der deutschen Arbeiterklasse die schlimmsten Folgen für die proletarische Bewegung voraussagen. Im Halle'schen „Volksblatt“ steht sich Genosse Paul Hennig, der im Prinzip sich mit den Anschlußbedingungen einverstanden erklärt hat, lebhaft dafür ein, daß erst die Partei im Sinne der Bedingungen umgebaut und dann der Anschluß vollzogen werden solle. In einer Polemik gegen einen Gegner der Aufnahmebedingungen führte Genosse Hennig am 11. September nun folgendes aus:

„Denn noch einmal: Nach der Abstimmung für oder gegen zerfällt die Partei, gleichgültig, welcher Flügel die Mehrheit bekommt. Wer dies Entschlossene jetzt noch nicht glauben möchte, betrachte sich selbst. Die Dinge sind bereits so weit getrieben, daß nur dieser von uns vorgeschlagene Weg, erst einmal unsere Partei zu reformieren und dann den Anschluß an Moskau nachzulegen, noch Rettung bringen könnte — wenn beide Seiten wollten... Selbst wenn über den formalen Anschluß noch ein Wort verhandelt werden sollte, das wäre zu ertragen, viel eher als der Bruch der Proletariermasse, die im Rahmen der U. S. P. mar- schiert... Wir werden diesen unseren Vorschlag, der Partei tag- liche aus eigener Initiative (nach Besprechung der Moskauer Frage) den Neuaufbau unserer Parteiorganisation einleiten und dann erst den Anschluß an Moskau nachzulegen, noch einige Male darlegen, ohgleich ihn anscheinend niemand befolgen, nicht einmal begehren will. Aber unser Gewissen drängt uns dazu, wir empfinden es als Parteipflicht. Wir wollen auf jeden Fall nicht mitverantwortlich sein für den unheilvollen, in seiner Zuchtbar- keit und seinen unheilvollen Konsequenzen gar nicht auszudenken- den proletarischen Bürgerkrieg, der nach der Abstimmung ausbricht.“

Nachdem Genosse Schwenk zugeben muß, daß die Sonder- organisation besteht, führt er zu ihrer Entschuldigung an, daß die Genossen sich durch Sonderbesprechungen gegen die irreführende Art der Arbeit der Gegner der Moskauer Be- dingungen wappnen müßten, und er sagt weiter, daß erst durch die Anstrengungen des Diskussionsklubs „Adler“ und seiner Geschwisterorganisationen die Parteigenossen die volle Wahrheit erfahren. Insbesondere macht er der „Freiheit“

Redaktion den Vorwurf, daß sie die Leser falsch unterrichte. Nun ist Genosse Schwenk nicht nur Vorsitzender des Diskussions- klubs „Adler“, sondern auch Vorsitzender der Prekominmission der „Freiheit“, und es müßte ihm bekannt sein, daß die poli- tische Redaktion der „Freiheit“, trotzdem sie sich rückhaltlos gegen die Annahme der Moskauer Bedingungen ausge- sprochen hat, von vornherein darauf verzichtete, die Partei- genossen einseitig zu beeinflussen, sondern es ihnen über- lassen wollten, sich eine eigene Meinung zu bilden. Aus diesem Grunde sind in der „Freiheit“ abwechselnd Befür- worter und Gegner der Bedingungen zu Worte gekommen; die Redaktion ist sogar noch weiter gegangen, sie hat solche Genossen, die anderer Meinung waren, erst dazu aufge- fordert, ihre Meinung in der „Freiheit“ zu äußern. Anders dagegen arbeiten die Kreise, denen Genosse Schwenk und seine Freunde vorstehen. Sie denunzieren die Gegner der Bedingungen als Anschlaggegner, sie suchen von den Parteigenossen nach Möglichkeit das fernzuhalten, was ihrer eigenen Meinung widerspricht, sie füttern ihre „zuverlässigen“ Leute mit einseitigem und tendenziös zurechtgestuhtem Material. Wer den Berliner Parteiversammlungen der jüngsten Zeit beizumohnen die Ehre hatte, der wird beob- achtet haben, wie sich die gleichen Redewendungen in den Ausführungen der Referenten und mancher Diskussions- redner für die Bedingungen jedesmal nicht nur fittgemäß, sondern wörtlich wiederholten. Sie folgten aufs genaueste den Anweisungen, die ich in meinem ersten Artikel wieder- gegeben hatte.

Ein ergötzliches Beispiel dafür, wie „objektiv“ die Freunde der Moskauer Bedingungen arbeiten, erhält man aus Ham- burg. Die dortige Parteiorganisation hat schon vor etwa vierzehn Tagen sich für die vorbehaltlose Annahme der Moskauer Bedingungen erklärt. Die „Hamburger Volks- zeitung“ veröffentlichte aber erst in ihrer letz- ten Sonnabendnummer die Moskauer Be- dingungen. Zuerst hat man also die Hamburger Partei- genossen mit Zeitungsartikeln und ähnlichem Material be- arbeitet, darauf wurde die Abstimmung vorgenommen und hinterher erst wird den Parteigenossen mitgeteilt, worüber sie überhaupt abgestimmt haben.

Auf die Bemerkungen des Genossen Schwenk über meine Person will ich nicht eingehen. Ich halte es in dieser Be- ziehung mit Lessing, als er seinem Hauptpastor zurief: „Ueberschreien können Sie mich alle acht Tage: Sie wissen wo. Ueberschreiben sollen Sie mich gewiß nicht.“

Für die Einheitsfront — in England

Die Auslegung der 21 Bedingungen

Die „Rote Fahne“ knüpft an die in unserer Dienstagabend- ausgabe bereits wiedergegebene Meldung, daß der Vorschlags- ausschuss der englischen Arbeiterpartei den Antrag der britisch-kommunistischen Partei um Aufnahme zurückgewiesen habe, die Erwartung, daß der Kongress der Arbeiterpartei einen andern Beschluß fassen werde. Das Blatt knüpft hieran folgende Bemerkungen:

„Aber der Beschluß selbst, der mutwillig die Einheitsfront der Arbeiterklasse gerät und die aktivsten und fortgeschrittensten Ele- mente aus der Massenorganisation ausschließt, würde den in der Arbeiterpartei organisierten Massen helfen, den reaktionären Charakter ihrer Führer zu durchschauen. Die britischen Kommu- nisten, die in den Gewerkschaften die Möglichkeit haben, auf die Arbeitermassen einzumwirken, werden immer von neuem die Auf- nahme in die Arbeiterpartei verlangen, um die einheitsfrontige Front des kämpfenden Proletariats herzustellen.“

Für England wünscht also die „Rote Fahne“, daß die kleine kommunistische Gruppe sich der großen Arbeiterpartei anschließen und immer wieder um ihre Aufnahme bitten solle, damit die einheitsfrontige Front des kämpfenden Proletariats hergestellt werde. Für Deutschland dagegen gilt der umgekehrte Grund- satz. Hier soll das Proletariat aufs neue gespalten werden. In einem Beschluß unserer Parteigenossen in Suhi schrieb die „Rote Fahne“:

„Den Elementen in der U. S. P. aber, die in der Angst, ihren Einfluß zu verlieren, sich um jeden Preis in die Dritte Inter- nationale einschmuggeln wollen, sei es gesagt, daß die Grundzüge der dritten Internationale kein Handelsobjekt sind, das man zu herabgesetzten Preisen erwerben kann. Wenn die U. S. P.-Leute glauben, durch eine „Verständigung“ etwas abhandeln zu können, so irren sie sich. Auch hier ist der Verständigungsfriede eine Utopie.“

Diese Ausführungen der „Roten Fahne“ bestätigen das, was vor einigen Tagen im „Volksblatt“ für Halle Genosse Karl Kubs mitgeteilt hat. Es besteht bei diesen unserer Partei- genossen die irrige Auffassung, daß wir nur die 21 Bedingungen theoretisch anzunehmen brauchen, um in die Moskauer Inter- nationale aufgenommen zu werden, ganz abgesehen von jenen Leuten, die sogar eine Milderung der Bedingungen erreichen wollen und denen schon die „Rote Fahne“ die Meinung gesagt hat. Genosse Kubs macht nun folgende sehr bemerkenswerte Mit- teilungen:

„Aber selbst wenn auf dem Parteitag die Annahme erfolgte, so sind wir doch noch längst nicht aufgenommen. Dem ersten Kotau wird der zweite nächstes Jahr in Moskau folgen müssen. Auch dann sind wir noch nicht sicher, ob es uns nicht wie den bereits angeschlossenen Italienern gehen würde, denen man eine ein- jährige Besserungspflicht auferlegt hat mit der Dro- hung, eventuell mit einem Zutritt wieder hinauszuschieben. Auch Dr. Levi, der Delegierte der K. P. D. in Moskau, hat bei seiner Berichterstattung in Berlin in den Moskauer Kreisen die Angst unserer Parteigenossen beschwichtigt, von den U. S. P.-Leuten an die Wand gedrückt zu werden, mit den Worten: „Wir werden die Bedingungen auslegen, wie wir sie auffassen, und werden sie viel härter stellen, als die U. S. P.-Deutschen glauben, sie schlucken zu müssen.“ Wer Lenin und seine Genossen kennt und sich ihre Politik vergegenwärtigt, wird das zu würdigen verstehen. Ich erkläre, daß ich zu diesen letzteren Ausführungen autorisiert bin und eventuell schon in der Reichskonferenz Gebrauch davon machen könnte, aber es soll erst hier geschehen. Genossen, behandelt man so Leute, die man als gleichberechtigte, revolutionäre Kämpfer zur Durchführung der Weltrevolution haben muß? Nein, so be- handelt man moluskenhafte Kreaturen!“

Fassen wir zusammen: In England muß die kommunistische Partei unter allen Umständen die Aufnahme in die Arbeiter- partei zu erreichen suchen, damit die Einheitsfront des Proletariats erhalten bleibe. In Deutschland dagegen soll nach dem Willen der Kommunisten das Proletariat auf neue zerissen werden!

Die einmalige Beihilfe für Erwerbslose

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt: Beim Reichsarbeitsministerium laufen in letzter Zeit zahlreiche An- träge auf Bewilligung bzw. Auszahlung der einmaligen Bei- hilfen für Erwerbslose ein. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß für die Durchführung dieser Beihilfen nicht das Reichs- arbeitsministerium, sondern die Gemeinden zuständig sind. Die Einreichung dieser Anträge an das Reichsarbeitsministerium ist aus diesem Grunde unzulässig und verzögert ihre Erledi- gung erheblich.

Wie die Rechtsparteien in Groß-Berlin sabotieren

Den Beweis für die Sabotage der bürgerlichen Parteien ließe- ten wieder einmal die Deutschnationalen zu Beginn der zu gestern einberufenen Stadtverordnetenversammlung, in der über die Ge- haltserfrage von neuem beschlossen werden sollte. Well wünscht Einberufen und Stattdessen der Stadtverordnetenversammlung nicht die in der Städteordnung vorgeschriebene Frist von 2 Tagen gemahnt war, erhoben die Deutschnationalen Einspruch gegen das Stattfinden derselben. Obwohl ein sachlicher Grund für diesen Einspruch nicht vorhanden war, beharrten sie auf ihrem Willen, dem Stattegebe werden müßte, um einer Anfechtung der gefassten Beschlüsse aus dem Wege zu gehen. Das neue Groß-Berlin soll mit allen Mitteln verhindert werden.

In der preussischen Landesversammlung fahnen die bürgerlichen Parteien neues Geschick auf. So will das Zentrum durch einen schleunigen Antrag herbeiführen, daß unter allen Umständen un- belobete Stadträte gewählt werden müssen und daß der neue Magistrat verpflichtet sein soll, zu Bezirksvorstehern und Stellver- tretern nur Personen aus der Zahl der von den Bezirksversammlungen gewählten Mitglieder zu entnehmen. Dadurch sollen so- zialistische Bezirksräte geschaffen werden, da, wo die bürger- lichen Vertreter in der Mehrheit sind. Zum Ueberflus wollen die Deutschnationalen auch die Wahl des Genossen Löwenstein zum Oberbürgermeister zum Gegenstand einer Besprechung machen, um eine Bestätigung zu verhindern, die leider heute noch vorgezogen ist. Am kommenden Dienstag wird der Letzten-Rat im Landtage sich damit beschäftigen, wann die Anträge verhandelt werden sollen. Die Demokraten sind sich noch nicht endgültig schuldig ge- worden über die Stellung zu den Anträgen. Sie werden sich schon zurecht lassen, denn innerlich sind sie dafür.

So wird mit allen Mitteln das neue Groß-Berlin sabotiert les- diglich aus Furcht vor der roten Herrschaft.

Der 25. Wahlausschuss wählte gestern mit einer knappen Mehr- heit Herrn Prof. Dr. Giese zum Verkehrsminister, und Herrn Forten zum Baurat für das Maschinenwesen.

Die Diktatur des Deutschnationalen antisemitischen Janhagels

Gestern abend ging es im Berliner Lehrer-Berlinshaus hoch her. Es war ein Fest für den deutschnationalen antisemitischen Jan- hagel unter der Lehreshaft Groß-Berlins, um sich an dem ver- hängten Dr. Löwenstein „zu rächen“ für seine Bereitwilligkeit, den Posten des Oberbürgermeisters für Groß-Berlin zu übernehmen. Die Woge der Erregung ging schon all die Tage vorher ungläublich hoch, aber daß es dieser kleinen Gruppe von schulpolitischen Kin- dern unter der Lehreshaft gelingen würde, das herbeizuführen, was sich gestern abend dort abgepielt hat, sollte man doch für un- möglich halten. Die Versammlung war von vornherein so unruhig, daß es fast ausgeschlossen erschien, sie durchzuführen. Gewisse Kreise liehen nach den ersten Worten Löwensteins bereits die Haus- schlüsselpfeife ertönen. Anbauernde aber vergebliche Be- mühungen des Vorstandes bewiesen nur, wie unbeherrschbar dieser deutschnationale Pöbel ist. Im Vorraum des Saales hatte sich eine deutschnationale Korona aufgebaut und hörte fortgesetzt. Auch die Herbeizüchtung der Sicherheitswehr war ohne Erfolg. Ein wiederholter Versuch Löwensteins, in die sachliche Erörterung einzutreten, wurde niedergeschlagen, bis sich die Lehrer, die sachliche Erörterung wünschten, erhoben, um dem verächtlichen Spiel ein Ende zu machen. Dreiviertel Stunde nach der Eröffnung wurde die Versammlung geschlossen und das, ob- wohl sich die Anwesenden innerhalb des Saales gegen ganz wenige Stimmen für das Anhören des Referenten Löwenstein entschieden hatten, aber gerade das fieschelten die deutschnationalen Kadav- erbrüder. Die Kompensweise der Herren Volkserzelen war so über- alles Maß unvornehm, so ungläublich beschränkt, daß sie von ihnen selbst nur gerechtfertigt werden konnte durch den Enderfolg, der sich für sie tatsächlich ergeben hat. Dieser Terroris- mus einer kleinen Gruppe deutschnationaler antisemitischer Kadav- erbrüder unter den Lehrern wird den Genossen ein Ansporn sein, sich dieser Diktatur von rechts mit allen Mitteln zu widersetzen.

Aus der Landesversammlung

Erschwerung des Kirchengaustritts

Gestern wurde im Landtag ein Gesetz beraten, das sich mit der Umlegung von Grundstücken befaßt. Es soll dadurch eine bessere und rationellere Bewirtschaftung des Grund und Bodens herbei- geführt werden. Die Agrarier haben schon früher versucht, das Zustandekommen zu hindern. Auch gestern brachten sie ver- schiedene Anträge ein, die Verschlechterungen bedeuteten. Für die Unabhängige Fraktion wendete sich Genosse Klahnert gegen diese Bestrebungen. Er legte dar, daß der große Grundbesitz am besten enteignet und durch die Allgemeinheit bewirtschaftet würde. Es bliebe bei den Ausschüßbeschlüssen. Die dritte Lesung soll heute erfolgen.

Ein weiteres Gesetz betraf den Austritt aus der Landes- kirche. Die bürgerlichen Parteien haben verhindert, daß die Verordnung der Volksbeauftragten in Bezug die Zustimmung der Landesversammlung erhält, wonach der Austritt erheblich erleichtert wird. Jetzt soll durch ein neues Initiativgesetz der Austritt erschwert werden, indem eine bestimmte Uebergangsfrist eingeführt und außerdem bestimmt wird, daß die Steuerpflicht noch ein Jahr nach dem Austritt läuft. Die Unabhängige Fra- tion beantragte die Streichung der Uebergangsfrist und ferner, daß die Steuerpflicht nur drei Monate nach dem Austritt be- stehen soll. Für unsere Fraktion legte Genosse Adolf Hoffmann eingehend dar, daß die Fiktion des Seiches verheerende Er- schwerungen und Verschlechterungen bringe, die beseitigt werden müßten. Mit den Dunkelkammern rechnete er scharf ab und schenkte ihnen nichts. Er geißelte die Beeinflussung, die durch die Pfaffen getrieben wird, und wie die Kirche sich überall zu be- reichern suche. Unsere Anträge, die sich zum Teil mit denen der Rechtssozialisten deckten, wurden abgelehnt. Die dritte Lesung und Endabstimmung wird später erfolgen.

Die Reform der Beamtenbeholdung

Der vor dem Auseinandergehen des Reichstages eingelegte Interzessionsantrag für die Besoldungsreform hat heute keine Beratungen zur Nachprüfung der geltenden Besol- dungsordnung aufgenommen. Es fand zunächst eine allgemeine Aussprache statt, in der hauptsächlich die formale Seite der An- gelegenheit einen breiten Raum einnahm. Es wurde kritisch eine Einigung dahin erzielt, nicht den neuen Referentienentwurf, sondern die geltende Besoldungsordnung den weite- ren Verhandlungen zugrunde zu legen. Von der Regierung wurde verkündet, daß sie den neuen Regierungsentwurf so schnell wie möglich nach der noch ausstehenden Einigung mit allen in Be- tracht kommenden Ressorts einbringen werde.

Dänische Butter für Deutschland. Times meldet, daß wegen des in Deutschland und Oesterreich herrschenden Mangels an Butter und anderen Fetten ein Teil der für England bestimmten dänischen Butter nach diesen Ländern geschickt werden soll.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besieigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirok 100000fach bewährt
Preis M. 3.- in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vertrieb vornehmlich durch Kukirok-Vertriebsstelle

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N, Chausseest. 70-71

BILLIGE TAGE!

Prima Wäschestoffe 80 cm breit	Meter	14.90
Bunte Bettzeuge	Meter	19.50
Velour-Barchent	Meter	19.75
Fertige Bettbezüge mit 2 Kissen	Garntur	147.25
Kostumstoff	Meter	29.50
Kostumstoff 130 cm breit	Meter	49.50
Damen-Filztuchhut		45.00
Damen-Wintermantel moderne Form		98.00
Farbige Röcke solide Stoffe	Stück	29.00
Barchent-Blusen	Stück	37.50
Damen-Schnürschuhe schwarz	Paar	89.00
Damen- und Herrenstiefel schwarz	Paar	149.00
Damen-Strümpfe engl. lang	Paar	9.75
Herren-Socken gestriekt	Paar	4.75
Damen-Taghemd mit reicher Stickerei	Stück	39.50
Herren-Trikot-Hemden	Stück	29.50
Herren-Sportkragen	Stück	4.45
Herren-Strickbinder	Stück	14.95
Kinder-Reformhosen grosse Größen	Stück	19.00

Ein Waggon Steingut

mit kleinen Fehlern					
Spiseteller	Stück	1.45	Kaffeebecher	Stück	1.75
Vorratsstollen bunt	Stück	1.45	Fleischhackmaschine	Holz	38.50
Wasserkannen	Stück	10.50	Waschbecken	Stück	10.50
Waschservice 4 Teile		27.50	Waschservice 3 Teile		42.00

Wirtschaftsartikel

Aluminium-Edelblech	Stück	1.45	Emaillier-Eimer 26 cm		17.50
Aluminium-Kaffeefilter	Stück	95 Pf.	Brotschneidemaschine	Holz	38.50
Waschbretter m. Metallring, Stck.		7.25	Fleischhackmaschine		42.50
Kaffeemühle Blech	Stück	25.00	Einkochapparate Emaill.		68.00
Kaffeemühle Holz	Stück	25.00	2 Gasplatten vernickl., m. Erhitzer		75.00

Der neue Meister

Modernste Schöpfung unserer Kleiderwerke
fertig und nach Maß

Raglans, Schlüpfer, Sportulster	und andere Fassons, fertig	M. 1200, 1000, 900, 700, 650 u.	550	
Paletots	aus hochfeinem Friedensmaterial,	fertig	M. 1200, 1000, 900, 700, 650 u.	550
Anzüge	aus erstklassigen Stoffen,	fertig	M. 1400, 1250, 1100, 950, 790, 650 u.	600
Cutaways u. Westen	in nur guter Qualität,	fertig	M. 900, 800, 725 u.	575
Hosen	in vornehmen Streifenmustern, Cheviot und Kammgarn,	fertig	M. 425, 375, 290, 230, 170, 150, 125 u.	90
Gummimantel	mit Fassen und hochgeschlossenen, mit und ohne Gürtel		M. 1200, 900, 790, 690, 590 u.	425

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Strasse 29-30 Nur

Spezial-Behandlung i. Geschlechts-, Frauenleiden, hartnäckige Gornleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Blutunterzufahrung, Salvarsan-Kur, Bestrahl. Spezial-Arztl. „Löser“, Münzstr. 9 nahe Altgarten-Platz, 9-1, 4-8, Com. 15-12, Damengymn. sep.

Briefmarken, Münzen kauft Grossmann, Johannisstr. 4 Norden 1062L

Spezial-Arzt Dr. Skott für alle Geschlechts-, Frauenleiden, hartnäckige Gornleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, gegen Syphilis komb. Salvarsan-Kuren, Blutunterzufahrung, im Alltesten Russ. „Injekt. Löser“ grüßelt v. 9-1, 4-8, Com. 15-12, Damengymn. sep. **Dir.: Löser senior** Rosenh. Str. 69-70 Damen separat Rosenh. Platz.

Lisa Heinssen, Dentistin Neukölln, Hasenheide 119 am Hermannplatz.

Behandlungen Hautlicher Zahnkrankheiten. • Gummilose Zahnersatz in Gold und anderen Metallen. • Zahnersatz in Kunstharz bei billiger Berechnung. • Kostenanschläge unentgeltlich. Sprechst. 9-1, 3-7.

Der Riffenverfälschungs-Apparat „Herkules“ bietet den größten Schutz gegen Diebstahl, Schmelzen u. dgl. Verbrechen. Kein Zerbrechen der Riffen auf dem Transport und beim Öffnen. **Georg Jurek** Berlin N 30, Dönhofsstr. 13, Telefon: Wladib 4402.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Todesanzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Meister **Hermann Neife** Stimplonstraße 26, am 14. d. Mts. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. d. Mts., nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Köpenick, Dönhofsstr., aus statt. Regte Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **August Kienast** Nieber-Schöneberg, am 7. d. Mts. an Lungenerleiden gestorben ist. **Eure Ihrem Andenken!** Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verein der Angestellten, Sek. d. Kapr.
Am Montag, den 13. d. Mts., verstarb unser lieber Kollege **Bernhard Buschendorf** am Herzschlag. Ihre tiefsten Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. Mts., nachm. 2 Uhr, im Krematorium Berlin-Charlottenburg statt. Die Sektionsleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Achtung!
Delegierte zur Generalversammlung
Am Montag, den 20. September 1920, abends 6 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseest. 110
Ordnung der Generalversammlung
unserer Verwaltungsstelle
Tagesordnung:
1. Rollenbericht vom 1. Quartal.
2. Bericht der Revisoren.
3. Rechnungsabrechnung zur engeren Ortsverwaltung.
4. An die Verwaltung gelangte Beiträge.
Zurück zur unter Vorlegung der neuen, mit dem Verwaltungsrat beschlossenen Delegierten- und Revisoratskarte oder der Delegationskarte für die erweiterte Ortsverwaltung und der Mitgliedsbuches. Die alten Delegationskarten sind ungültig. Vertrauensleute, welche nicht Delegierte sind, haben keinen Zutritt.

Achtung!
öffentl. Metallarbeiter-Versammlung
für Köpenick, Tschudi, Köpenicker, Schützengasse
in Lokal Schützenhaus, Tschudi (Zahler: August Neife)
1. Vortrag: „Warum bekämpfen wir die Betriebsorganisation?“ Referent: Kollege Zimmermann.
2. Diskussion.

Achtung!
Branchen-Versammlung
der Emailkerer Berlins und Umgegend
in „Breslauer Garten“, Dresdener Straße 66a, Cde. Feingew.
Tagesordnung:
1. Vortrag: I. Brandenburgerarbeiten und Versicherungen. In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist es unbedingt Pflicht aller Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

FREIE WELT
Heute neu!
Rote-Kreuz-Schwester der Roten Armee - Demonstration für die weltliche Schule in Neukölln; Internationaler Jugendtag in Berlin
• Lenin im Film
Preis des Heftes 60 Pfg.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Freitag 7 1/2 Uhr: Eine Landpartie
Verwickelte Geschichte
Neues Volksstück
Sprengler Str. 68
7 1/2 Uhr: **Biberpelz**
Staatsbühne
Opernhaus
7 Uhr: **Fidelio**
Schauspielhaus
7 Uhr: **Die Journalisten**
Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Der lebende Leinwand
Kammerspiele
Sam 1. Male 8 Uhr: Die Brandstätte
Großes Schauspielhaus
Schauspielhaus
7 Uhr: **Denken** (Ruh, Adema.)
Neues Operettenhaus
Direktion Jean Fey
8 Uhr: **Die Calistoherosens**
Operette in drei Akten nach einem Motiv Petrus von Felix Bradaun.
Walhalla-Theater
Weinbergstr. 13-20
Geschlossen
Direktion Carl Melchior • Rud. Beckner
Theater L. d.
Königgräber Str.
Freitag: **Ergeist**
Marie Orsha, Albert Steinhilck
Komödienhaus
Am Eine Nacht i. Paradies
Berliner Theater
Der letzte Walzer
mit Fritz Marburg, Otto Stern
Leffing-Theater
Neue, bis Sonntag, 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin
(Koproduktion Konstantin)
Deutsches Künigl-Theater
Waldenblich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
Inszenierung: Victor Pätz
mit Max Adalbert und Trude Scherberg.
7 1/2 Uhr: **Casino-Theater**
Knorp's sel. Witwe
Str. 31, U.: Gebrüder Jörn

Tanzpalet
Königsstadt-Kasino
Holzmarktstraße 72
am Rbl. Jannowbrücke
Täglich Ball
Wochentags 7 1/2, Sonntags 5 U.

Walhalla Theater
a. Rosenthaler Pl.
Heute und folg. Tage: **7 1/2**
Wilhelm Hartstein
in
Er oder Er
u. d. gr. Programm!
Ende: Vor 10 Uhr.
Sonntags: 2 Vorstellungen.

Möbel
Referat zu herabgesetzten Preisen auf Teilzahlung mit kleiner Anzahlung.
Bürger Wohnzimmerschichten, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Heranzimmer in großer Auswahl.
Eingelagert: Möbel, farbige Säulen
Beiser
Hofringstr. 67.

Zigarettenfabrik
Referat erklärenden rein orientalischen
Zigarettenfabrik
in 50 und 100 Gramm-Boxen
Eingros-Verkauf
Candaberger Str. 119
Detail-Verkauf
Gr. Zeanfurter Str. 31
Telephon Königsstadt 156 u. 7272.

Deutsche Schokolade
MARKE VESTA
Der vollste Umfang bestätigt die gute Qualität und Preiswürdigkeit.
Verkauft nur an Wiederverkäufer
G. Wechselmann, Berlin W 9, Linkstr. 25
Telephon: Köpenicker 879.

UFA
3. Woche
7 und 9 Uhr
Sumurun
Regie: Ernst Lubitsch
Hauptrollen: Pola Negri, Jenny Hannequiel, Aud Egede-Nissen, Paul Wegener, Harry Liedtke, Carl Göwing
Vorkauf II bis 10 Uhr
1. May-Film der Spielzeit 1920/21
Der Henker von St. Marlen
Verfilmung v. Ludwig: Fritz Prater
Hauptrolle: **Eva May**
Die Tarantel
Schauspiel in 6 Akten von Karl Figdor
Regie: Rudolf Sielbach.
Er, sie und der Dackel
K. B. Lustspiel in 3 Akten mit Leo Pankert
Das Valutamdel
Lustspiel mit **Ossio Walden**
Der Mann auf der Flasche
10 Akte nach der Novelle von Gustav Meyrink
mit Grit Hegoss, Fritz Greiner
Der weisse Pfau
mit Grit Hegoss und Hans Mierendorff
Algot
von Hans Bronner und Frida Koschke
Die Glücksfalle
5 Akte nach dem gleichnamigen Roman von Fedor Zolotarev
Hauptrolle: **Lotte Neumann**
Föhn
von Hans Bronner und Wilhelm Rath
Wochentags ab 7 Uhr
Sonntags: Beginn 4 Uhr

Urmessingstollen
und Jagdwaffen kaufen
H. W. Sandberg & Co.
Fenchelstr. 10
Berlin SW 68, Lindenstr. 10.
Kupfer 13.20
Messing 6.10. Zahle die höchsten Preise für andere Metalle.
Zentraleinkauf, Borsigstraße 1

Achtung, Brautleute!
1 Dukaten-Training
900 gestempelt 150 Mk. an 385 " 105 " 85 " inkl. Luxussteuer.
Jeder Ring ist ungenoss aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! Jede Größe am Lager.

G. Alb. Thal
Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe
C19, Seydelstraße 5
(Spielmarkt)
Eigene Fabrikation.

Zahle **Kupfer** ohne Abzug 13.— für **Hofgub** ohne Abzug 12.— **Volkmessing** 6.— **Tasche, Belle-Alliance-Str. 98**
Königsstr. 215
Wienburger Str. 20
Venusufer Str. 66
Waldenblich 96
Polymarkstr. 10
Friedrichsberg Str. 4
Am Schierke-Platz 3
Wienburger Str. 34
Tilgner Str. 33
Königsstr. 21
Weidenweg 5

Metalle Weißblei Zinn Quecksilber
kaufen kaufen
Schützendorfer Straße 2
Berliner Straße 17
Köster Straße 6
Kurfürstenstraße 9
Telephon 2300 8124.
Die **Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale** Rotdrufer Damm 66, am Hermannplatz, kauft **Kupfer, Messing, Blei, Zinn.**

Kreuzfüchse 300 M. Alaska-, Blau-, Zobel-, Kreuz- und Weißfüchse, Damen-Pelzmäntel, Herren-Geh- und Sportpelze bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Paletots, Ulster früber bis 1200 M., jetzt 350 bis 450 M. Große Posten Mosen, Stück 60 M. (Keine Lombardwaren)
LEINHAUS MORITZPLATZ 58a (Größtes Spezialhaus dieser Art)

Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes

Dresden, 15. September 1920.

In der heutigen Sitzung wurde ein Antrag eingebracht, den bisherigen Vorsitzenden des Zentralrats der Eisenbahner, Hertel, Künze von den Verhandlungen auszuschließen, bis die Beschwerdekommision ihren Bericht erstattet hat. Der Antrag wird abgelehnt. Ein weiterer Antrag verlangt, die eingesezte Kommission solle sich mit dem Generalkonferenz in Stuttgart, der zur Entlassung von 120 Eisenbahnern geführt hat, beschäftigen. Nachdem die Kommission es abgelehnt hat, diesen Antrag zu verhandeln, wird er zur Prüfung überwiesen. Ferner ist folgender Dringlichkeitsantrag eingegangen: Die Delegation der Ortsgruppe München stellt an die Generalversammlung die Anfrage, ob sich sämtliche Kreisverwaltungen des D. E. V. mit einem Proteststreik der Münchener Eisenbahner einverstanden erklären können. Der Generalversammlung ist Adelholz-München zurückgetreten. An seine Stelle wird Endorf-Weipzig gewählt. Die Mandatsprüfungskommission erstattet noch einmal Bericht über die an sie vertriebenen Anträge. Im Anschluß daran werden sämtliche Mandate mit Ausnahme des von Scheffner-Königsberg für gültig erklärt. Ein Antrag der Opposition gestellter Antrag, Deutscher Reichsbahn als Referenten für die Beamtenfragen zu bestimmen, wird angenommen.

Als Redner der Gegner der Opposition erhält Schrader-Vehre eine Stunde Redezeit. Er führt aus, daß Stüber keine oppositionelle Rede gehalten habe. Die Gegner der Opposition haben die Haltung des Vorstandes viel scharfer kritisiert. Die wirtschaftlichen Fragen müssen von einer höheren Stelle behandelt werden als das dem Korreferenten gegeben ist. Redner empfiehlt die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe, warnt aber vor der Festhaltung wirtschaftlicher Werte durch ungeeignete Maßnahmen. Er schließt mit dem stürmischen Beifall der Versammlung mit einem Appell zur gemeinsamen Arbeit.

Der Berichterstatter der Beschwerdekommision Gladigan-Weipzig behandelt den Fall des Stuttgarter Verbandsangehörigen Michel, der auf Beschluß des Vorstandes von seinem Posten entlassen wurde. Er richtet dabei scharfe Angriffe gegen den Vorstand und ganz besonders gegen den Vorsitzenden Brunner. Der Vorstand ganz besonders gegen den Vorsitzenden Brunner. Er habe nicht gerade Brunner verteidigt sich gegen die Angriffe. Er habe nicht als einer persönlichen Abneigung gegen Michel Stellung genommen, sondern er ihn für ungeeignet hält, einen Verbandsposten zu bekleiden. Im Vorstand war allgemein die Auffassung verbreitet, daß Michel die treibende Kraft in der Frankfurter Opposition sei, die diese Tätigkeit darin erblickte, dauernd die gewerkschaftliche Arbeit zu fördern. Im übrigen behauptet Brunner, daß die fahrbare Zeit des Verbandsstages durch diese Auseinandersetzungen in Anspruch genommen wird. Nachdem beim 2. d. h. im einen Schlußantrag angenommen hat, wird beschlossen, Michel im Verbandsrat weiter zu beschäftigen.

Richtlinien für die Neutralitätskontrolle

Nachdem das Vorstandsmittglied Aptsch den Bericht der zur Untersuchung der Ersurter und Stuttgarter Vorgänge eingesetzten ständigen Kommission gegeben hat, wird folgende Entscheidung angenommen:

Die Generalversammlung des D. E. V. ist unter allen Umständen gewillt, die Neutralität zu wahren und die Waffenverschiebungen zur Stärkung der Reaktion im In- und Auslande zu hindern.

Sie empfiehlt den Eisenbahnern folgende Richtlinien zur praktischen Durchführung. Die Kontrolle auf dem Eisenbahngelände übernehmen die Eisenbahner einzeln und allein selbst.

Die aus dem Friedensvertrag aufgewungenen Konventionen müssen durchgelassen werden. Die Transporte für die Regierung dürfen nur geschehen, wenn der dazu gehörige Frachtbrief mit laufender Nummer der Genehmigungsüberprüfung, Unterschrift und Siegel des Reichswehrministeriums oder der höchsten Polizeistelle des Landes versehen ist. Die ziffermäßige Angabe ist in Worten auszudrücken. Auch die Art des Inhalts ist genau zu deklarieren.

Auf allen örtlichen Dienststellen, sowie auf den Direktionen, haben sich Kommissionen der Arbeitnehmer gemeinsam mit der Verwaltung zu bilden. Wird eine Einstimmigkeit auf einer Dienststelle nicht erzielt, so ist die Kommission auf der Direktion anzurufen.

Herrscht auch dort keine Einmütigkeit, so entscheidet der Entwaffnungskommissar gemeinsam mit den Gewerkschaften endgültig.

Das Urteil über Erfurt

Ebenfalls angenommen wurde folgende Entschließung:

Die Vernichtung der Munition in Erfurt ist auf das Schuldonto der Reichsregierung zu setzen, weil sie es versäumt hat, im Benehmen mit den Organisations- trotz deren Drängens — bestimmte und klare Richtlinien rechtzeitig herauszugeben.

Dadurch, daß das Reichswehrministerium ein diesbezügliches Telegramm der Vertreter der Erfurter Eisenbahner nicht beantwortet hat, sind dieselben zu der Auffassung gekommen, daß den verantwortlichen Instanzen nichts an der Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Aufrechterhaltung der Neutralität lag.

An unsere Postabonnenten!

Um eine pünktliche Weiterbelieferung der „Freiheit“ durch die Post an unsere Abonnenten auf alle Fälle sicherzustellen, ist es unbedingt notwendig, daß die Bestellung für das vierte Quartal möglichst bis zum 20. September bei der zuständigen Postanstalt aufgegeben wird.

Verlag der „Freiheit“.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn die Ersurter Kollegen, von dem Willen befeuert, Menschenschlachten zu verhindern, über das Ziel hinausgeschossen haben. Die Kommission ist der Überzeugung, daß es Pflicht der Organisation ist, die Wiedereinstellung des zu Unrecht entlassenen Kollegen Kessler mit allen Mitteln zu betreiben. Desgleichen soll der Verbandsvorstand für die Entlassung und Wiedereinstellung der beiden anderen Kollegen mit aller Entschiedenheit wirken.

Betriebsräte

Die Konstituierung der Betriebsrätezentrale

Die Zentrale der Betriebsräte hielt am 11. September 1920 ihre erste Sitzung ab. Als Vorsitzende mit gleichen Rechten wurden gewählt: Paul Reumann, L. Flesch, Ottomar Gesche. Als Kassierer D. Hildesheim. Weiter wurde ein geschäftsführender Ausschuss gewählt und vier Arbeitsausschüsse eingesetzt, und zwar: 1. zur Bearbeitung der Angelegenheiten, 2. für das Bildungswesen, 3. für die Arbeitslosenfrage, 4. zur Behandlung der Fragen der Unternehmerrabotage und der Produktionskontrolle, die sofort mit ihrer Arbeit beginnen werden.

Die Liquidation der alten Zentrale muß jetzt schnellstens erfolgen. Leider wird das erschwert dadurch, daß noch große Marktenbestände abgerechnet werden müssen. Alle Funktionäre, die noch in Besitz von Betriebsrätemarken sind, werden ersucht, sofort abzurechnen. Die Arbeiter und Angestellten müssen die Abrechnung berechnigen Funktionäre, die das Vertrieben der Marken übernommen hatten, prüfen.

Gewerkschaftliches

Generalversammlung der Holzarbeiter

Am Mittwochabend wurde in Altem Festsaal die ordentliche Delegiertenversammlung der Filiale Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes abgehalten. Genosse Böse erstattete den Geschäftsbericht über das 2. Quartal. Die ständig steigende Wirtschaftslage ist von den Unternehmern in rücksichtslosster Weise ausgenutzt worden, um durch Massenentlassungen und Ausperrungen die Lohnbewegungen zu behindern. Über 400 Betriebe mit 6000 Beschäftigten wurden stillgelegt. 3910 Arbeitslose sind zurzeit im Verband gemeldet. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen größer, da die bereits ausgesteuerten nicht mitgerechnet sind. Die Ortsverwaltung hat von verschiedenen Regierungs-

stellen die Vergütung von Notstandsarbeiten gefordert, doch es zeigte sich, daß man an diesen Stellen nur an Palliativmitteln denkt. Nur die endgültige Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsbildung kann das Proletariat von der steigenden Not befreien.

Der Kassierer Böse erstattete den Kassensbericht. Die Abrechnung aus der Hauptkasse schließt mit einem Bestand von 1 058 204 70 M. für das nächste Quartal. Für Streifenunterstützung sind aus der Hauptkasse 434 039 15 M. und aus der Lokalkasse 600 988 10 M. ausgegeben. Die Bilanz der Lokalkasse schließt für das 2. Vierteljahr mit einem Defizit von 162 289 06 M. An städtischer Erwerbslosenunterstützung wurden 1 256 306 M. durch den Verband ausbezahlt.

Beim Punkt: Beschäftigung der in der außerordentlichen Generalversammlung erfolgten Erfindungen wurden gegen den Genossen Freising schwere Vorwürfe erhoben und beantragt, die Beschäftigung auszuheben, bis eine Kommission die Angelegenheit geklärt hätte. Die Versammlung forderte scharf, daß die Beweise sofort vorgebracht werden sollen. Nach einigem Zögern wurde eine Begründung vorgebracht, die den scharfen Widerspruch der Versammlung hervorrief, weil der Beweis eines ehrenrührigen Verhaltens nicht erbracht werden konnte. Unter großer Entrüstung über die leichtfertigen Anwürfe wurde der Antrag abgelehnt und Genosse Freising als 1. Bevollmächtigter bestätigt, ebenso Genosse Böse als 2. Bevollmächtigter und die Wahl der Genossen Werner, Liske, und Müller in den Vorstand.

Bei der Wahl von drei Angelegten erwieß sich ebenfalls ein Vorwurf gegen den Genossen Bruno Liske, daß er Syndikalist sei, als ungründet. Genosse Liske wurde auch als Angestellter gewählt, ebenso Genosse Thielemann, während die Wahl eines dritten Angestellten vertagt wurde, da auch ein zweiter Wahlgang keinem der übrigen Bewerber die absolute Majorität brachte.

Zum Punkt Reorganisation wurde beschlossen, der Neugestaltung Groß-Berlins entsprechend auch die Verwaltungsstelle auszubauen. Bis 15. Oktober können von den Mitgliedern Anträge in dieser Richtung gestellt werden.

Von den früheren Bevollmächtigten lagen zur Betriebsrätefrage zwei Anträge vor, die schon durch Beschlüsse der Generalversammlung erledigt sind. Es wird darum ein Antrag auf Übertragung zur Tagesordnung angenommen. Ein anderer Antrag, den ausgesetzten arbeitslosen Verbandskollegen zum 1. Oktober einen Mietzuschuß von 25 Mark zu bewilligen, wurde abgelehnt, nachdem von mehreren Rednern verschiedene Gründe dagegen angeführt worden waren; hauptsächlich wurde hervorgehoben, daß der Staat die Pflicht habe, für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu sorgen.

Zum Schluß der Versammlung wurde noch ein Antrag, der die Wahl politischer Arbeiterräte fordert, namens der kommunistischen Fraktion von Leow zu begründen versucht. Eine Diskussion fand wegen der vorgerückten Stunde nicht mehr statt, und soll die Gelegenheit in Mitgliederversammlungen weiter erörtert werden.

Die Gastwirtsangestellten und die Polizeistunde

Das freigewerkschaftliche Kartell im Gastwirtsberuf hatte für Donnerstag eine Protestversammlung im Rixd. Wäsch einberufen, in der nach einem von Schröder erstatteten Referat folgende Resolution beschlossen wurde:

Die Versammlung erhebt scharfen Protest gegen die beabsichtigte Verkürzung der Polizeistunde. Die Versammelten sind sich darüber klar, daß durch diese Beschränkung eine Kohlenersparnis nicht erzielt wird, und verweisen hierbei auf die Wertarbeit des Reichshofienkommissars und bedeutender technischer Fachleute der Licht- und Kohlenenergie. Die Verkürzung der Polizeistunde ist nach diesen Urteilen vollkommen unberechtigt. Ihre Durchführung würde lediglich die große Zahl der bereits vorhandenen Arbeitslosen ganz gewaltig vermehren und durch ihre Auswirkung geradezu katastrophale Folgen auslösen.

In der Erkenntnis, daß eine wirtschaftliche Schädigung der Bevölkerung durch Beibehaltung der bisherigen Polizeistunde nicht gegeben ist, fordern die Versammelten die Regierung auf, ganz energisch allen Forderungen auf Verkürzung der Polizeistunde entgegenzutreten.

Eine weitere, einstimmig angenommene Resolution nimmt Stellung gegen den Herpflichtungsversuch, der durch die Gründung einer gelben Winterorganisation gegen die freien Gewerkschaften unternommen wurde. Der Umstand, daß diese Organisation mit Unterstützung der Unternehmer erhalten wird, macht sie der Verachtung aller ehrlichen Arbeiter würdig.

Betriebsräte und Hörer. Ratschule der Groß-Berliner Arbeiterschaft.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Beginn sämtlicher Kurse um 3 Wochen verschoben worden ist. Sämtliche sonstigen Angaben des Lehrplans behalten Gültigkeit, sodas Kurse, deren Beginn 3. B. für Montag, den 18. 9. festgesetzt war, am Montag, den 4. Oktober, solche die am Dienstag, den 14. beginnen sollten, am Dienstag, den 5. Oktober stattfinden usw.

Das Pferdejuppchen

Erzählung von Paul Zsch.

Wir entnehmen diese Erzählung einem Romanbande Paul Zsch's „Der schwarze Saal“ der Kurt Wolff-Verlag. Zsch's Erzählung ist die Geschichte eines unglücklichen Mannes, der sich in die Welt der Drogen verlor. Er beginnt als ein ehrlicher Arbeiter, der sich in die Welt der Drogen verlor. Er beginnt als ein ehrlicher Arbeiter, der sich in die Welt der Drogen verlor. Er beginnt als ein ehrlicher Arbeiter, der sich in die Welt der Drogen verlor.

Am Palmsonntag war Zuppchens Konfirmation. Der Vater hatte versprochen mitzugehen. Dann aber kam plötzlich das mit dem Wetterbruch dazwischen, und er mußte die ganze Samstagsnacht auf der zweiten Sohle durcharbeiten. Erst gegen sechs Uhr war er von der Grube gekommen. Müde, naß und hundemüde. Und um neun bereits schon die Kirche. Als ihn seine Frau leise weckte, richtete er sich halb auf, sah einen kräftigen Fluss aus und wälzte sich auf die andere Seite.

Da gingen Zuppchen, Mutter und Großmutter allein. Es waren an die zwanzig Knaben, die eingeseget wurden. Und sie trugen alle schon die Namen der Adamsqual auf der Stirn. Der alte Pastor hatte danach seinen Text gewählt und ließ mit viel Umständlichkeit den sechsten Vers des ersten Kapitels aus dem Prediger Salomo seiner Rede voraus. Er hatte die Genugtuung, daß nur wenige Augen trocken blieben. Die Orgel spielte einen Choral dazu, der dumpf wie das Donnern der großen Fördermaschine klang.

Zuppchens Lippen murmelten mechanisch das Schlußgebet, und dann stand er mit der Mutter wieder draußen auf dem eben sandigen Kiesplatz.

Langsam kam die Großmutter angehumpelt. Sie küßte Zuppchen auf beide Waden, daß es schallte. Und darüberhin gingen drei fröhliche Kirchenglocken.

Zuppchen fuhr sich mit dem Handrücken durch das Gesicht und sprang auf den Weg.

Als sie den Vorgarten des Häuschens betrat, kam der Vater in Hemdsärmeln aus dem Kaninchenstall, die abgezogenen Helle von zwei weißen Tieren in der Hand. Zuppchen erschrak, als er des Vaters blutbefleckte Hände sah. An dem Küchenfensterkreuz hingen die biden Bälge mit

den bloßen Bissen. Die roten Köpfe waren eine unkenntliche Masse mit herausquellenden Augen.

„O meine Hänschen“, seufzte Zuppchen, und eine Träne kollerte über sein Gesicht. Es waren seine eigenen Tiere. Er mußte das Futter besorgen und den Stall reinmachen. Er lebte mit den Tieren, er wußte, wann die Jungen geboren waren und wieviel von den Dingen jedesmal im Nest lagen. Er nahm sie, so oft er in den Stall kam, in die Hand, strich langsam und zärtlich über das samtene Fell und küßte die offenen runden Schnäuzchen. Nun waren die zwei schönsten Tiere tot.

„Mausetot“, sagte der Vater, wie wenn er die Gedanken Zuppchens erraten hatte.

Sie gingen zusammen in die Stube. Mutter zog das schwarze Kleid aus und band sich eine große blaue Schürze vor, um das Mittagessen zu bereiten. Während sie in der Küche hantierte, setzte sich Zuppchen ans Fenster und erzählte dem Vater von der Predigt.

„Schon recht! Schon recht!“ brummte der und schob den Pfeifenstummel von einem Mundwinkel zum andern.

Inzwischen hatte Mutter das Mittagessen bereitet: eine Schüssel Salzartoffeln und Buttersauce und in einem tiefen runden Napf das weiße Kaninchenfleisch.

Zuppchen aß nur von den Kartoffeln und ließ das Fleisch stehen.

Mutter schimpfte. Aber Vater sagte: „Laß nur, Alte. Morgen schmeckt dem Bengel schon besser.“

Zuppchen stand vom Tisch auf. Zum ersten Mal hatte er vergessen, das Dankgebet zu sprechen und den Alten die Hände zu küssen.

Es erinnerte ihn auch niemand daran. Er setzte sich in die Laube und weinte still und stetig.

Am Nachmittag gingen sie aufs Feld und pflanzten Bohnen.

Die Sonne stach heiß wie im August. Die Erde staubte weiß auf. Und die Bäume der Allee tanzten hin und her in der ersten Knospentreude.

Vom Dorfplatz, wo ein paar Karusselle, Lustschaukeln und allerlei Krambuden standen, kam wüstes Geräusch: Drehorgelgeschrei und Blechmusik.

Zuppchen duckte sich wie unter einem Schlag. Er wollte ein Wort hinausstößen. Aber die Junge hielt es fest und verstopfte seinen Mund wie mit einem trockenen Lappen.

Gern hätte er auf den schönen braunen Holzperden geritten.

Pferde liebte er noch mehr wie die Kaninchen. Jeden Nachmittag nach der Schulstunde war er dem Pferdnecht des Direktors begegnet, der ein schmales blankgeputztes Tier durch das Dorf jagieren ritt.

Zuppchen war immer eine Weile stehen geblieben und hatte mit feuchtlängenden Augen dem Reiter nachgeschaut.

Einmal, als der Knacht vor dem Wirtshaus abgefahren war, mußte Zuppchen das Pferd so lange halten, bis der bestaubte Reiter seinen Durst gelöscht hatte.

Zuppchen bekam dafür ein paar Pfennige. Er sagte danach zur Mutter, daß er auch gern ein Reiter werden möchte.

Aber die Mutter meinte, daß der Vater nie so etwas zulassen würde. Denn er sollte ein Bergmann werden, wie Vater und Großvater und all die andern aus der Familie.

Zuppchen hatte versucht, vielerlei Einwände aus seinem kleinem Gehirn zu framen. Er hatte wirklich einen gefunden und die Mutter damit überschüttet, Tag für Tag. Bis es des Geredes überdrüssig geworden war und ihn strafen mußte. Da hatte Zuppchen einen kleinen verwunderlichen Schmerz empfunden und fortan der Mutter gegenüber von den Plänen geschwiegen.

An den stillen Vormittagen aber, wenn die Mutter im Gärtchen hantierte, mußte, war er zur Großmutter auf die Stube gegangen und hatte vor ihren erstaunten Augen alle Wünsche vollzählig aufgezählt. Und die verhubeste Gretlin war immer milder Tröstungen voll, bis der Raum sich in Nahrung gehoben hatte.

Sobald ein Karussell dann im Dorf war, steckte Großmutter dem Jungchen eine kleine Münze zu, sich nach Herzenslust auf den Holzperden auszureiten.

Am Morgen vor der Konfirmation hatte sie ihm gar zwei Groschen geschenkt, auf den Kirmesrummel zu gehen.

„Wer weiß, was morgen ist“, hatte sie gesagt und war mit der Hand über die Augen gefahren.

Nun hatte ihm der Vater das alles zunichte gemacht. Und sein Herz war doch so voll davon gewesen. Während der Predigt und beim Mittagmahl und noch lange nachher.

Zuppchen sah nach dem Vater hinüber mit zerfurchten Miene, böse glimmenden Augen und dumpfen Blutes im Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

